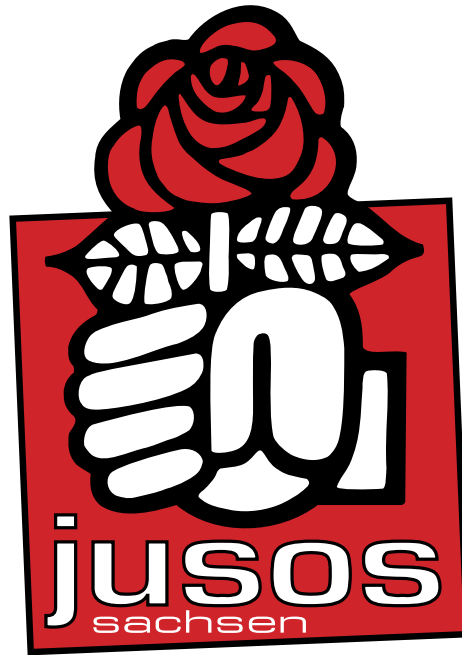


# Beschlüsse



Außerordentliche  
Landesdelegiertenkonferenz  
der Jusos Sachsen

**„Für ein linkes Klima.  
tolerant. gerecht. sozial.“**

Zwickau, 04. Juli 2009

**Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 04. Juli 2009  
in Zwickau**

| Antrag Nr. | Thema  | Seite |
|------------|--|-------|
| B 1        | Bilinguale Erziehung ab 3 Jahre  | 4     |
| B 2        | Qualität der Bildung beginnt in der LehrerInnenausbildung  | 4     |
| B 3        | Jugendgewalt bekämpfen – mehr Freizeitsport an Schulen   | 4     |
| I 1        | Gleiches Recht bei gleicher Arbeit – Kirchentarif abschaffen   | 5     |
| I 2        | Streichung Art. 6 Absatz 1 Grundgesetz   | 5     |
| I 3        | Wir brauchen kein brutalstmögliches Jugendstrafrecht! - Prävention statt Repression und Diffamierung | 5     |
| I 4        | Die Archive müssen offen bleiben!  | 6     |
| I 5        | Scientology endlich verbieten  | 6     |
| Ini 1      | kapselheber statt rumgezwitcher #webzwo null #filterkaffee #stoppschild                              | 7     |
| SW 1       | 67 Prozent für volle zwölf Monate  | 7     |
| SW 2       | Gleichberechtigung bei Elterngeldvergabe – Mehrlingsgeburten gleichstellen!                          | 7     |
| SW 3       | Mehr Mobilität, mehr Freiheit. – Semesterticket für Auszubildende!                                   | 7     |
| F 1        | Gerechter Besteuern - die Aufgabe für das neue Jahrzehnt!  | 8     |
| V 1        | Hautenge Situation   | 23    |
| UV 1       | Versprechen einlösen bei Agrarsubventionen   | 23    |

**Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 04. Juli 2009  
in Zwickau**

|            |   |    |
|------------|---|----|
| UV 4       | Leiden und Qualen beenden                           | 24 |
| O1         | Ökologisch nachhaltig auf Jusoveranstaltungen       | 24 |
| Resolution | Für ein linkes Klima.<br>tolerant. sozial. gerecht. | 24 |

## **Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 04. Juli 2009 in Zwickau**

### **Bilinguale Erziehung ab 3 Jahre**

Die Jusos Sachsen fordern den Ausbau des Bilingualen Unterrichts ab dem Alter von 3 Jahren. Das Land Sachsen stellt hierfür die notwendigen Mittel zur Verfügung. Die Bilinguale Erziehung soll nicht nur für Kinder mit Migrationshintergrund sondern für jedes Kind ab 3 Jahren eingeführt werden. Hierbei ist es wichtig, dass nicht nur die Sprache sondern auch die Kultur des jeweiligen Landes vermittelt wird.

Wir fordern, dass ein Modell entwickelt wird, dass alle Kindertagesstätten und Schulen im Freistaat Sachsen im Sinne der bilingualen Erziehung sich ein sprachliches Profil geben müssen. Das bedeutet den Unterricht neben der Muttersprache in einer weiteren Sprache. Dabei sollen die Bildungseinrichtungen auf regionale Besonderheiten und Demographie der Bevölkerung achten. Zum Beispiel kann nahe der deutsch-tschechischen Grenze ein tschechisches Profil gewählt werden, sowie in Stadtvierteln mit beispielsweise hohem Anteil russischer SpätaussiedlerInnen ein russisches Profil. Das darf allerdings nicht die derzeit obligatorische Fremdsprachenausbildung (Englisch, Französisch) benachteiligen.

Der Ausbau des bilingualen Unterrichts darf keinen Widerspruch zur Inklusion von Kindern mit Behinderung an Regelschulen darstellen. Er muss so ausgestaltet werden, dass dadurch keine Barriere für Kinder mit Behinderung – speziell sprach-, lern- und geistig Behinderte - einhergeht.

### **Qualität der Bildung beginnt in der LehrerInnenausbildung**

**Der sozialdemokratische Teil der sächsischen Landesregierung möge beschließen:**

In der LehrerInnenausbildung an sächsischen Universitäten muss der Fachdidaktik mehr Platz eingeräumt werden. Die Ausbildung muss dementsprechend geändert werden.

### **Jugendgewalt bekämpfen – mehr Freizeitsport an Schulen**

**Die Landespartei der SPD Sachsen möge beschließen:**

Die SPD Sachsen fordert einen umfassenden Ausbau der Freizeitsportangebote an den sächsischen Schulen. Das Land Sachsen stellt die dafür notwendigen Mittel (Bezahlung und Ausbildung von Übungsleiter/innen; Ausstattung der Sportanlagen) zur Verfügung.

Dieses Sportangebot soll dabei in das Betreuungsangebot von Ganztagschulen als gleichwertiger Teil integriert werden, was aber die anderen Schulen nicht davon entbindet, nach der Schule Freizeitsportmöglichkeiten im ausreichenden Maße anzubieten. Wir fordern darüber hinaus den Schulträger und die einzelnen Sportverbände auf, den Freizeitschulsport mit Aktiven- bzw. Amateursport zu verbinden.

## **Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 04. Juli 2009 in Zwickau**

Durch den Ausbau des Freizeitschulsports und den Einbau in das Ganztagschulmodell erwarten wir eine verbesserte Integration von Schüler/innen mit Migrationshintergrund und wir betrachten diese Maßnahme als weiteren Schritt, gegen Jugendgewalt vorzugehen.

### **Gleiches Recht bei gleicher Arbeit – Kirchentarif abschaffen**

**Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und an den Landesparteitag der SPD Sachsen weiterleiten mit anschließender Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPD:**

Die Jusos Sachsen fordern, die im Grundgesetz festgelegte Eigenständigkeit der Kirchen in arbeitsrechtlichen Fragen abzuschaffen und eine wirkungsvolle Vertretung der im kirchlichen Dienst angestellten Arbeitskräfte durch Gewerkschaften zuzulassen.

### **Streichung Art. 6 Absatz 1 Grundgesetz**

**Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und an den Bundeskongress der Jusos sowie den Landesparteitag der SPD weiterleiten, mit anschließender Weitergabe an den Bundesparteitag:**

„Ehe, Lebensabschnittsgemeinschaften, Familie und Kinder stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.“

### **Wir brauchen kein brutalstmögliches Jugendstrafrecht! - Prävention statt Repression und Diffamierung**

Die Jusos Sachsen lehnen die von CDU und CSU vorgeschlagenen Änderungen des Jugendstrafrechts ab. Wir fordern dagegen eine grundlegende Bekämpfung der Ursachen von Jugendgewalt. Dabei muss insbesondere die Prävention durch gesellschaftliche und soziale Integration von betroffenen Jugendlichen im Vordergrund stehen. Um dies zu erreichen verlangen wir

- eine gezielte, stadtteilbezogene Jugendarbeit mit niedrighschwelligem Angeboten für junge Menschen
  - einen flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen
  - Schaffung klarer Berufsperspektiven indem genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden
- Schutz vor Gewalterfahrungen in den Familien

Die Präventionsarbeit erfolgt nicht nur durch die Polizei sondern muss durch die Jugend- und Familienhilfe in Zusammenarbeit mit den Schulen erfolgen. Um

## **Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 04. Juli 2009 in Zwickau**

langfristige Erfolge zu erreichen müssen diese Bereiche jedoch mit mehr finanziellen Mitteln ausgestattet werden.

Die von der CDU geforderten Gesetzesverschärfungen verdecken klar die Versäumnisse im Bereich der Verfolgung von Jugendgewalt. Anstatt Gesetzesänderungen ist eine bessere Ausstattung u. a. der Jugendgerichtshilfen und Jugendgerichte nötig. Dadurch ist eine individuellere und schnellere Betreuung straffällig gewordener Jugendlicher möglich, so dass diese wieder in die Gesellschaft integriert werden können. Die CDU verkennt, dass die Resozialisierung der Betroffenen Sinn und Zweck des Jugendstrafrechts ist. Die von ihr geplanten und in der sogenannten „Wiesbadener Erklärung“<sup>1</sup> sowie dem „Regierungsprogramm 2009-2013“<sup>2</sup> niedergelegten Änderungen wie

- die Verlängerung der Höchststrafzeit auf 15 Jahre,
- die verpflichtende Teilnahme an sog. „Erziehungscamps“ oder
- die grundsätzliche Anwendung von Erwachsenenstrafrecht auf Heranwachsende
- der sog. „Warnschussarrest“

würden jedoch nur das Gegenteil erreichen. Diese Maßnahmen versprechen nach allen vorliegenden Erkenntnissen nur eine Illusion von mehr Sicherheit, ohne die Probleme zu lösen und die Ursachen anzugehen.

### **Die Archive müssen offen bleiben!**

Die Jusos fordern die sächsischen SPD-Bundestagsabgeordneten sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, dass die bisherige Sperrfristen- und Zugangsregelungen, die das Bundesarchivgesetz vorsieht, unverändert bestehen bleiben. Ausgenommen hiervon sind Veränderungen des Gesetzes, die auf eine mit den Bestimmungen des Datenschutzes und den Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik vereinbare Reduzierung der Sperrfristen hinwirken. Darüber hinaus setzt sich die SPD für die Liberalisierung der Landesarchivgesetze ein.

### **Scientology endlich verbieten**

#### **Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:**

Die SPD Sachsen fordert ein Verbot der sich als Religion bezeichnenden Organisation „Scientology“.

---

<sup>1</sup> <http://www.cdu.de/doc/pdfc/080105-wiesbadender-erklaerung.pdf>

<sup>2</sup> <http://www.regierungsprogramm.cdu.de/>

## **Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 04. Juli 2009 in Zwickau**

### **kapselheber statt rumgezwitscher #webzwo null #filterkaffee #stoppschild**

Die Jusos Sachsen fordern die SPD auf, den Web 2.0 Internetwahlkampf umgehend einzustellen, da die entsprechende Zielgruppe spätestens mit der Entscheidung der SPD zur Internetzensur für uns irrelevant geworden ist.

Das eingesparte Geld ist dem traditionellen Merchandising-Wahlkampf (Kugelschreiber, Kapselheber, Feuerzeuge, etc.) zuzuführen.

Nicht betroffen von der Einstellung sollen klassische Präsentationswebsites sein, da diese im Gegensatz zum Web 2.0 Wahlkampf eine andere Zielgruppe ansprechen.

### **67 Prozent für volle zwölf Monate**

Wir fordern die sächsischen Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für eine Korrektur der Elterngeldberechnung einzusetzen.

Dabei fordern wir:

- Elterngeld ist für volle 12 Monate zu zahlen.

Weiterhin setzen wir uns für ein einkommensunabhängiges Elterngeld auf hohem Niveau ein.

### **Gleichberechtigung bei Elterngeldvergabe – Mehrlingsgeburten gleichstellen!**

**Der Landesparteitag der SPD möge beschließen:**

Die Jusos fordern die Erhöhung des gezahlten Elterngeldes auch bei Mehrlingsgeburten für jedes weitere Kind auf 500€ für den jeweiligen Antragsteller/ die jeweilige Antragstellerin.

### **Mehr Mobilität, mehr Freiheit. – Semesterticket für Auszubildende!**

**Der Landesparteitag der SPD möge beschließen:**

Die Jusos Sachsen setzen sich für die Schaffung eines Semestertickets für Auszubildende ein. Unter Beteiligung von VertreterInnen der Gewerkschaftsjugendlichen sollen auf Landesebene die Verhandlungen geführt werden. Solange ein solches nicht gegeben ist, setzen wir uns in etwaigen kommunalen Bündnissen für eine regionale Umsetzung ein ( z. B. Initiative für ein Dresdner Schüler- und Sozialticket).

## Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 04. Juli 2009 in Zwickau

### Gerechter Besteuern - die Aufgabe für das neue Jahrzehnt!

Die Bundeskongress der Jusos sowie der Landesparteitag der SPD möge beschließen mit anschließender Weitergabe an den Bundesparteitag:

#### Grundproblematik

Eine Steuerreform ist kein Selbstzweck, sondern jede Reform führt, je nach ideologischer Einstellung, zu einer Umverteilung zu Gunsten der Ärmeren oder der Reicheren sowie zu höheren oder geringeren Staatseinnahmen. Und eine Umverteilung zu Gunsten der Schwächeren ist bitter nötig.

Seit Jahren verstärkt sich die Ungerechtigkeit in unserem Land. Gewerkschaften üben Lohnzurückhaltung um in einer Phase des konjunkturellen Aufschwungs diesen nicht zu belasten und in der Abschwungphase wird aus Angst um den Betrieb wieder keine Lohnerhöhung durchgesetzt. Dieser Umstand lässt sich deutlich in der Veränderung der Lohnquote ablesen.

Die Lohnquote gibt den Anteil der Einkünfte aus nicht selbstständiger Arbeit (ArbeitnehmerInnenentgelt) am Volkseinkommen an. Wobei sich das Volkseinkommen in die beiden Bereiche ArbeitnehmerInnenentgelt und Unternehmens- und Vermögenseinkommen unterscheiden lässt.

Das Volkseinkommen in Deutschland ist in den letzten Jahren stark gestiegen. Von 1997 bis 2007 legte es pro Jahr durchschnittlich um 2,4 Prozentpunkte zu. Doch dieser Anstieg ist zu großen Teilen der Erhöhung des Kapitaleinkommens geschuldet. Dieses legte im gleichen Zeitraum um 4,2 % zu, während die ArbeitnehmerInnenentgelte lediglich um 1,6 % wuchsen.

Diese Entwicklung führt zu einer drastischen Veränderung der Lohnquote. Noch im Jahr 2000 lag die Lohnquote bei 72,2 %. Nur 7 Jahre später betrug sie lediglich 64,6 %. Damit sank der Anteil des ArbeitnehmerInnenentgelts im Verhältnis zum stetig steigendem Volkseinkommen jährlich um über einen Prozentpunkt. Und diese Entwicklung scheint sich fortzuschreiben.

Wäre die Lohnquote seit 2000 konstant geblieben, wären allein im Jahr 2007 135 Milliarden Euro mehr brutto bei den ArbeitnehmerInnen angekommen. Eine Summe, die zu rund 20 Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen und zu rund 44 Milliarden Euro mehr in den Kassen der Sozialversicherungen geführt hätte. Gleichzeitig blieben den ArbeitnehmerInnen in diesem Land 71 Milliarden Euro mehr – pro Jahr!

***Um die Zugewinne am Wachstum des Volkseinkommens gleichmäßiger zu verteilen, bedarf es starker VerhandlungspartnerInnen bei Lohnverhandlungen. Politisch haben wir wenig Einfluss auf die Einkommensverteilung. Auch wenn der Mindestlohn ein notwendiger Baustein einer gerechten Politik ist, kann er in diesem Falle die Problematik nicht gänzlich beheben.***

***Ein anderer Einfluss jedoch bleibt uns als SozialdemokratInnen erhalten: Die Möglichkeit, durch Steuersetzung monetäre Umverteilung in Deutschland zu erreichen. Ein besonderer Weg ist dabei die Einkommenssteuer. Ebenso die Steuern auf Zins- und insbesondere Kapitalerträge.***



### **Der seltsame sozialdemokratische Weg:**

Steuerreformen waren in den letzten Jahren keine Seltenheit. Die SPD hat im Regierungshandeln seit 1998 mehrere Veränderungen an diversen Steuern eingeleitet.

Eine der ersten großen Schritte der Regierung Schröder war eine Steuerreform, die u.a. den **Spitzensteuersatz** von 53 % auf 48,5 % senkte. Eine Entwicklung die in den Folgejahren voran schritt. Zum Ende der Regierungszeit Schröders 2005 betrug der maximale Einkommenssteuersatz nur noch 42 %. Die rot-grüne-Bundesregierung senkte in sieben Jahren den Spitzensteuersatz um elf Prozentpunkte und entlastete damit die hohen Einkommen (Da der Solidaritätszuschlag und die Kirchensteuer auf Grundlage der zu zahlenden Einkommenssteuer ermittelt werden, war die Entlastung in Summe maximal 12,595 %<sup>3</sup>)

Der Spitzensteuersatz findet nur Anwendung für sehr hohes **zu versteuerndes Einkommen** (zvE). Im Jahre 1998 betrug der Grenzbetrag noch 120.042 DM (61.376,50 Euro). Im Laufe der Zeit wurde dieser Betrag reduziert. Dabei führte die Senkung des Spitzensteuersatzes nicht zu einer allgemeinen Verflachung der Steuerprogression und entlastet so keine geringen Einkommen, sondern ausschließlich hohe. Der Anstieg der Einkommenssteuerkurve wurde unverändert beibehalten. Somit liegt die Schwelle des zvE für den Höchststeuersatz momentan bei 52.152 Euro.

Eine Veränderung erfolgte mit der Einführung der sogenannten **Reichensteuer**. Seit 2007 wird diese Steuer ab einem zu versteuernden Einkommen (zvE) von 250.001 Euro für Ledige bzw. 500.001 Euro für Verheiratete angewendet. Dadurch erhöht sich der Spitzensteuersatz um 3 % auf einen neuen Maximalsteuersatz von 45 % zzgl. Soli und evtl. Kirchensteuer.

Neben den Senkungen der Einkommenssteuern kam es ebenfalls zu einer Erhöhung der **Freibeträge**. 1998 betrug der Grundfreibetrag für zu versteuerndes Einkommen (zvE) umgerechnet 6.322 Euro. Zum Ende der Rot-Grünen-Regierungszeit lag der Freibetrag bei 7664 Euro. Ein Anstieg, der bei weitem keinen durchschnittlich jährlichen Ausgleich von drei Prozent darstellt. Dieser Grundfreibetrag hat sich in den vier Jahren der Regierung Merkel nicht weiter verändert – mit Ausnahme der nur als kurzfristige konjunkturelle Belebung angedachten Erhöhung von 170 Euro auf 7.834 Euro in den Jahren 2009 und 2010.

Der erste Euro, der den Grundfreibetrag übersteigt, wird mit dem **Eingangssteuersatz** veranlagt. Auch hier gab es einige Veränderungen in den 10 Jahren SPD-Regierungsbeteiligung. In fünf Schritten wurde der Eingangssteuersatz von 25,9 im Jahr 1998 auf 15,0 Prozentpunkte im Jahr 2005 gesenkt. Durch das sogenannte Konjunkturpaket II erfolgte in diesem Jahr eine Senkung um einen Prozentpunkte auf nun 14 %.

*Von einer Erhöhung der Freibeträge oder einer Verringerung des Eingangssteuersatzes profitieren sowohl Gering-, als auch VielverdienerInnen.*

*Der oben beschriebene Solidaritätszuschlag erfuhr nur im Jahr 1998 eine Veränderung. In dem Jahr wurde er von 7,5 auf 5,5 Prozentpunkte gesenkt. Seit der Einführung des Solidaritätszuschlages war das, abgesehen von dem Aussetzen der Steuer in den Jahren 1993 und 1994, die erste und einzige Veränderung.*

---

<sup>3</sup> Bei 5,5% Solidaritätszuschlag und 9 % Kirchensteuer, Entlastung für den maximal steuerpflichtigen Betrag

## Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 04. Juli 2009 in Zwickau

Die Lohn-/ bzw. Einkommenssteuer sind für den Bundeshaushalt, neben der Umsatzsteuer, die wichtigste Finanzierungsquelle und ein elementarer Baustein zur Vermögensverteilung in diesem Land. Die Änderungen insbesondere der Regierung Schröder haben in sehr großen Maße die „Gut-“ und „BesserverdienerInnen“ gestärkt. Die Entlastungen der „Gering-“ und „NormalverdienerInnen“ waren minimal. Für all diejenigen, die unter der Freibetragsgrenze waren und sind, hatten diese Steueränderungen keine Auswirkungen.

Die letzte große Steuerreform war im Jahr 2008 die Unternehmenssteuerreform, die sich in einer Maßnahme auch mit den Einkommen aus Kapitalvermögen und Zinserträgen beschäftigte. Das Zauberwort ist hierbei die **Abgeltungssteuer**. Sie ist das Instrument, dass verschiedenste Gewinne aus Kapitalvermögen zusammenfasst und einheitlich mit 25 % (zzgl. Soli und Kirchensteuer) besteuert. Bislang wurden Kapitalerträge pauschal mit Steuersätzen von 20 bis 35 % besteuert und nachträglich über die Einkommenssteuererklärung zum persönlichen Steuersatz veranlagt. Die Abgeltungssteuer wird pauschal auf alle Erträge aus Kapitalanlagen erhoben (weiterhin besteht jedoch eine Befreiung von Steuern in Höhe des Freistellungsauftrags). Jedoch wird sie nicht mehr nachträglich über die Einkommenssteuererklärung an den persönlichen Steuersatz nach oben angepasst. Lediglich eine Anpassung nach unten bei geringeren zVE ist möglich. Somit werden Einkommen aus Kapitalanlagen gegenüber anderen Einkommensarten bevorzugt behandelt. Ihre Versteuerung ist mit maximal 25 % oftmals deutlich unter den möglichen 45 % für andere Einkunftsarten.

Für die Einkommen aus Kapitalanlagen gibt es, ähnlich wie bei der Lohnsteuer, eine Freigrenze. Diese Grenze setzt sich aus einem Sparerfreibetrag und einem Werbungskostenpauschbetrag zusammen. Beide zusammen können als **Freistellungsaufträge** bei Kreditinstituten hinterlegt werden.

Die Rot-Grüne-Bundesregierung senkte erstmalig zum Jahr 2000 die maximale Höhe des Freistellungsauftrags von 6.100 DM auf 3.100 DM für Ledige (für Verheiratete das Doppelte). Daraus wurden 2002 mit der Umstellung auf den Euro 1.600 Euro für Ledige und 3.200 für Verheiratete. Noch 2004 wurde der Betrag auf 1.421 Euro für Ledige herabgesetzt. Die große Koalition legte zum Jahr 2007 nach und kürzte weiter auf 801 Euro für Ledige und 1602 Euro für Verheiratete. Das heißt nun, dass bei einer durchschnittlichen Verzinsung von drei Prozent ein angelegtes Kapital von 26.700 Euro steuerfrei bleibt. Danach greift nun die Abgeltungssteuer.

*Die Umsatzsteuer ist ein Kapitel für sich in der Historie der ältesten deutschen Partei. Liegt hierin doch einer der Hauptgründe für den Vertrauensverlust in die SPD, den sie seit den Bundestagswahlen im Jahr 2005 erleidet. Wer einen Wahlkampf mit einer Nullerhöhung führt und anschließend mit einer Partei in eine Koalition geht, die eine Erhöhung von zwei Prozentpunkten forderte, der kann nicht eine Erhöhung von drei Prozent mitbeschließen. Schon gar nicht, wenn das in ein SPD geführtes Ministerium fällt und ein SPD-Minister diese Steuererhöhung bekannt geben muss. Die Umsatzsteuer ist eine Steuer, die vom produzierenden Gewerbe an die EndkonsumentInnen weiter gegeben wird. Mit der Schaffung jeden Mehrwerts, vergrößert sich die Steuerlast, die am Ende immer die/der KundIn zu tragen hat. Daher belastet sie insbesondere die Menschen, die ihr ganzes Einkommen dafür aufwenden müssen, um innerhalb Deutschlands, einzukaufen. Eine solche Steuer verteuert alle Produkte und Dienstleistungen und führt damit zu einem Kaufkraftverlust des Einkommens. Was besonders schlimm für all jene ist, die schon*

## Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 04. Juli 2009 in Zwickau

*vorher mit ihrem Geld nur schwerlich auskamen, also die ärmeren Menschen der Gesellschaft.*

Wie oben schon erwähnt kam es 2008 zur großen **Unternehmensteuerreform**. Diese ist mit dem Ziel gestartet durch viele Einzelmaßnahmen die UnternehmerInnen zu entlasten, um die Abwanderung von Unternehmen und einzelnen Produktionsstätten in Niedrig-Lohn-Länder zu stoppen. Vielfach wurden in den Jahren zuvor Produktionsstätten in osteuropäische oder asiatische Staaten verlagert, angelockt durch niedrigere Arbeitslöhne und Subventionen. Jahrelang beschwerten sich Investoren über die hohen Kosten des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Dazu wurde unter anderem der Steuersatz für Kapitalgesellschaften von 38,6 % auf 29,8 % herabgesetzt. Personengesellschaften können gar für einbehaltene (thesaurierte) Gewinne eine Steuerentlastung realisieren, in dem nicht der Spitzensteuersatz von 45 % Anwendung findet sondern ein maximaler von 28,25 %. Durch diese Steuergeschenke von bis zu 7,1 Milliarden Euro jährlich wollte die sozialdemokratische Regierung die Wirtschaft entlasten sowie Kapitalflucht und Steuerbetrug verhindern. In den Folgejahren sollten die steuerlichen Ausfälle z.T. wieder ausgeglichen werden. Dabei profitieren von dieser Reform besonders Kapitalgesellschaften mit hohem Eigenkapital und großen Gewinnen, also die „großen Fische“.

Unternehmensabwanderung hat es seit dem weiterhin gegeben. Medienöffentlich heiß diskutiert wurde u.a. die Schließung des Bochumer Nokia-Werks und dessen Verlagerung nach Osteuropa.

### **Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität ?**

Die SPD ist in der Regierungsverantwortung aus finanzpolitischer Sicht zu selten ihrem Anspruch nach Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität nachgekommen. Viel mehr zeigten die letzten elf Jahre, dass wir von unseren Grundwerten zu oft Abstand genommen haben. Der Grundsatz, dass starke Schultern mehr zu tragen haben als Schwache, wurde zunehmend aufgeweicht. Die Einkommenssteuerreform entlastete besonders die Großverdiener. Die Unternehmenssteuerreform sorgte ebenfalls für eine überproportionale Entlastung ertragsstarken Firmen.

Auch wenn es eine „breite“ Entlastung für BürgerInnen und Unternehmen gab, so waren die großen Profiteure immer die starken Schultern, während schwache Schultern Hartz IV bekamen oder im Zuge der Wirtschaftskrise um ihre Existenz bangen müssen.

Auch die Abgeltungssteuer ist ein Instrument, von der allein diejenigen profitieren, die einen hohen persönlichen Einkommenssteuersatz haben und über hohe Kapitalanlagen verfügen.

Steuererhöhungen, wie im Fall der Umsatzsteuer führten nun mehr zu einer überproportionalen Beschränkung der schwachen Schultern.

Durch die Finanzpolitik der SPD in den letzten elf Jahren kam es zu einer immensen Umverteilung in Deutschland, was schon die Verteilungsveränderung des Volkseinkommens zeigt. Statt für den „kleinen Menschen“ waren wir erstaunlich oft für den reichen Menschen da. Unsere Finanzpolitik der kommenden Jahre muss wieder eine Besinnung auf unsere Grundwerte darstellen. Wir wollen einen solidarischen Umgang der Menschen miteinander und müssen dafür sorgen, dass

## Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 04. Juli 2009 in Zwickau

die Starken wieder mehr für die Schwächeren eintreten. Nur so schaffen wir einen modernen und gerechten Staat.

### **Die Manifestation der Hausfrau**

Sozialdemokratische Politik ist eine Politik, die auf die freie Entfaltung der Menschen hinarbeitet. Wir wollen alte Rollenbilder überwinden und für Chancengerechtigkeit streiten. Wir wollen Wege aufzeigen für „das neue Jahrzehnt“. Wir wollen eine moderne Partei sein.

So weit zu unserem theoretischen Verständnis. So weit zu unseren Ansprüchen. Doch unser konkretes Handeln wird unseren Idealen nicht gerecht. Faktisch haben wir dafür gesorgt, dass sich durch sozialdemokratisches Regierungshandeln das klassische Rollenbild verstetigt hat.

Dabei ist die Gesellschaft uns in ihrer Entwicklung voraus. Neue Lebensentwürfe sind keine abstrakten Modewörter mehr, sondern Realität für große und weiter wachsende Bevölkerungsschichten. Die Ehe, in der der Mann als Alleinverdiener für die Familie arbeitet, während die Frau den Haushalt versorgt, ist weder die Realität der Mehrheit noch von der übergroßen Zahl der Bevölkerung gewünscht.

Eine berufstätige Frau verdient teilweise auch mehr als ihr Partner. Männer nehmen Erziehungspausen (nicht nur dank dem Elterngeld). Zugleich sind nicht alle Paare verheiratet. Sie lehnen es zum Teil sogar kategorisch ab oder Heiraten ausschließlich wegen der steuerlichen und sonstigen rechtlichen Privilegien. Gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften sind in der Gesellschaft eher akzeptiert als von parlamentarischen Mehrheiten. Die weiter gefassten und an dieser Realität orientierten „Zugewinnngemeinschaften“ erkennt der Staat dann an, wenn er sich vor Auszahlungen z.B. in Form von Arbeitslosengeld II schützen möchte. Nicht aber, wenn er Steuer erhebt. Daran hat auch eine sozialdemokratische Regierungsbeteiligung nichts geändert.

Neue Lebensentwürfe werden noch immer kaum vom Staat berücksichtigt im Gegensatz zum Modell der Ehe. Diese wird steuerlich anerkannt und gefördert. Daher ist es für uns notwendig, dass solange das System der Förderungen von Ehen im Einkommenssteuerrecht erfolgt, auch andere Lebensmodelle wie die eingetragene Lebenspartnerschaft mit der Ehe gleichgesetzt werden müssen.

Der Staat fördert bei der Einkommenssteuer mit dem Ehegattensplitting Ehepaare, die ungleich verdienen. Er gewährt die Möglichkeit, dass sich EhepartnerInnen in die Einkommenssteuerklassen III und V wechseln und damit der/die VielverdienerIn weniger Steuern zahlen muss. Der Staat gewährt also Steuersparmodelle für Ehepaare, die ungleiche Einkommen haben.

Denn nach wie vor verdienen Frauen im Durchschnitt deutlich weniger als Männer für gleichwertige Arbeit. Zugleich sind die Aufstiegschancen für Männer in Unternehmen noch immer besser als für Frauen. Die Beteiligung von Frauen in leitenden Funktionen (z.B. von Dax-Unternehmen) ist mehr als ernüchternd. Selbst der Anteil weiblicher Professor(innen) ist minimal. In allen gut bezahlten Berufsfeldern dominieren Männer das Geschehen. TScheinbar „typische Frauenberufe“ hingegen sind deutlich geringer vergütet als typische

## **Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 04. Juli 2009 in Zwickau**

„Männerberufe“. Erzieherinnen und Krankenpflegerinnen sind die Mehrheit in ihrem Berufsstand – und schlecht bezahlt. Die Gesellschaft lässt sich diese Tätigkeiten wenig kosten. All das führt dazu, dass Männer klar mehr verdienen als Frauen.

Die Anreizsysteme der Einkommenssteuer verstärken dann noch den Trend, dass Frauen sich aus dem Berufsleben zurückziehen. Ein geringes Einkommen der Frau bringt zumeist unwesentlich mehr Einkommen in den gemeinsamen Haushalten der EhepartnerInnen, als wenn die Frau nicht arbeiten würde. Der Staat schafft also den Anreiz, dass sich Frauen aus dem Berufsleben zurückziehen können, ohne dass das Einkommen der Familie davon stark betroffen wäre. Oder anders gesagt, dass Staat fördert so das klassische Familienbild, mit der Hausfrau und dem Mann als Alleinverdiener. Ein Umstand der nicht länger geduldet werden kann.

Die SPD darf sich nicht länger dem Wunsch und den Realitäten der Bevölkerung verschließen. Frauen wollen genauso arbeiten und verdienen wie Männer. Es ist notwendig, dass Mechanismen gefunden werden, um zu erreichen, dass Frauen und Männer gleiches Geld für gleichwertige Arbeit erhalten. Dass scheinbar „typische Frauenberufe“, die einen hohen Mehrwert für die Gesellschaft darstellen, stärker monetär vergütet werden. Und wir müssen die Chancengerechtigkeit zwischen den Geschlechtern auf höhere Funktionen herstellen. Doch all das bedarf auch eines massiven Umdenkens in Gesellschaft und Politik. Wir als Partei sollten die Gesellschaft vor uns her treiben und uns nicht weiter treiben lassen. Die SPD sollte eine gesellschaftliche Vorreiterrolle einnehmen.

Dazu ist es essenziell, dass wir das System abschaffen, dass antiquierte Rollenbilder manifestiert. Es darf keine Anreize geben, die nichts anderes sind als „Herdprämien“. Es darf keine steuerliche Förderung geben, die Frauen zu Hausfrauen macht. Wir möchten und brauchen Frauen im Berufsleben. Beide Geschlechter werden in allen Bereichen des Privat- und Wirtschaftslebens gebraucht, um eine zukunftsfähige Gesellschaft zu schaffen. Dazu darf die SPD nicht weiter die Besserstellung des Ehe gegenüber anderen Lebensentwürfen unterstützen. Wenn wir Frau und Mann gleichstellen wollen – und davon sind wir noch weit entfernt – dann müssen wir Ehegattensplitting und alle ähnlichen Anreize abschaffen, die unterschiedlich hohe Einkommen besser stellen. Wir müssen dazu übergehen, dass beide PartnerInnen unabhängig voneinander besteuert werden. Damit entfällt die Unterstützung des Lebensentwurfs der Ehe und der der Lebensperspektive Hausfrau. Denn kaum ein Mädchen hat den Berufswunsch Hausfrau – wie auch Jungs seltenst Hausmänner werden wollen – und doch übernehmen viele Frauen später diese Rolle, selten aber Männer.

### **Transferleistungen müssen allen am Herzen liegen**

Deutschland ist ein „Niedrigsteuerland“. Dafür haben nicht zuletzt die sozialdemokratischen Bundesregierungsmitglieder der letzten Jahre gesorgt. Mit der steuerlichen Belastung liegt die Bundesrepublik unter dem EU-Durchschnitt. Zu der Steuerlast kommt noch einmal ein ungleich größerer Posten für die Sozialversicherungen.

Für die Sozialversicherungen gilt prinzipiell, dass sie sich durch Beiträge der Versicherten und nicht durch Steuern finanzieren. Ein System, das sich gut tragen könnte, wenn alle Menschen pflichtgemäß Teil der deutschen Sozialversicherungen wären. In Deutschland ist das jedoch nicht generell der Fall. Verschiedenste Regeln und Ausnahmen lassen zu, dass bestimmte Menschen nicht Teil aller fünf

## Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 04. Juli 2009 in Zwickau

gesetzlichen Sozialversicherungen werden. Wer z.B. nie in die Rentenversicherung (RV) eingezahlt hat, kann daraus im Rentenalter keine Ansprüche geltend machen. Doch wird für jedeN ArbeitnehmerIn automatisch der gesetzlich festgeschriebene Anteil an den Träger der RV überwiesen, sofern die Versicherungsfreigrenze überschritten wird.

Von der Sozialversicherungspflicht sind einige Berufsgruppen in Deutschland, wie z.B. Selbstständige, FreiberuflerInnen, BeamtInnen oder SoldatInnen befreit. Sie können sich freiwillig dem gesetzlichen System anschließen, müssen dies aber nicht. Ebenso können all diejenigen, die bestimmte Einkommensgrenzen überschreiten, sich privat krankenversichern. Somit können sich die Menschen, die notwendige Mittel für die Sozialversicherungen bereitstellen könnten durch ihre Beiträge, aus dem System „frei kaufen“ und zu privaten Anbietern wechseln. Für diejenigen, die freiwillig im System verbleiben, gibt es obere Einkommensgrenzen, bis zu denen der gesetzlich festgelegte Prozentsatz für die Sozialversicherungen abgeführt wird. Die darüber liegenden Beträge bleiben beitragsfrei.

Immer wieder fehlen einzelnen Versicherungen Gelder, die durch die geringen Einnahmen nicht gedeckt werden können. Daher wurden in den letzten Jahren immer wieder Steuermittel aus dem Bundeshaushalt an die Träger der Sozialversicherung überwiesen. Diese Zuschüsse zeigen, dass das jetzige System dringend einer Veränderung bedarf.

Um ein dauerhaft tragfähiges Sozialversicherungssystem in Deutschland erhalten zu können muss die Gemeinschaft stärker zur Finanzierung herangezogen werden. Verfassungsrechtlich ist es umstritten inwieweit die gesetzliche Versicherungspflicht wieder auf alle Menschen in Deutschland ausgeweitet werden kann. Wir fordern jedoch, dass geprüft wird, wie alle Menschen in Deutschland pflichtgemäß Teil des Sozialsystems werden können, um damit die Grundversorgung aller zu garantieren.

### **Logische Konsequenzen**

Wir haben schon oft betont, dass wir für eine gerechte Besteuerung eintreten. Selten aber warteten wir mit einem konkreten Forderungskatalog auf, mit einer konkreten Beschreibung von dem, was gerecht ist.

Klar ist, dass alle finanzpolitischen Veränderungen starke Auswirkungen haben. Das Ziel der Finanzpolitik ist es, Gelder zu beschaffen, um sie an anderer Stelle für die Allgemeinheit wieder ausgeben zu können.

Wir bekennen uns dazu, dass die Bundesrepublik große Steuereinnahmen braucht, um ihrer Verantwortung als moderner Sozialstaat nachkommen zu können. Wir wissen, dass es notwendig ist Steuereinnahmen zu generieren, um unser Bildungssystem zu verbessern, unsere Infrastruktur zu erhalten und auszubauen und andere notwendige Dienstleistungen für die Menschen in Deutschland bereitzustellen.

Genau deswegen fordern wir die starken Schultern wieder stärker zu belasten. Eine Lohnquote von rund 60 Prozent zeigt uns, dass zu wenig Geld bei den „einfachen Menschen“ in Deutschland ankommt. Selbst die „Mutter der Liberalisierung“, die Vereinigten Staaten von Amerika, haben eine Lohnquote von rund 70 %. Ein Niveau, das Deutschland lange Jahre inne hatte. Wir setzen uns dafür ein, dass , solange es keine tarifvertragliche Umverteilung in Deutschland gibt, wir mit steuerlichen

Veränderungen eine Umverteilung erreichen wollen, die die exorbitanten Gewinne des Kapitals stärker belastet, um damit das Gemeinwohl zu finanzieren.

Die Gelder, die nötig sind, um Deutschland als einen starken und handlungsfähigen Staat zu unterhalten, sind vorhanden. Die Einnahmen, die benötigt werden, um die Lücke zu füllen, die durch die beiden Konjunkturpakete im Bundeshaushalt entstanden ist, können erzielt werden. Und diese Aufwendungen dürfen nicht denen aufgebürdet werden, die dringend auf ihre Einkünfte angewiesen sind, sondern müssen von den Reichen getragen werden, die auch aufgrund der sozialdemokratischen Politik der letzten Jahre immer reicher geworden sind.

Wer ein verantwortungsvolles Miteinander möchte, der muss es auch einfordern. Wir SozialdemokratInnen bekennen uns klar dazu und fordern die Umsetzung folgender finanzpolitischer Instrumente in der nächsten Legislaturperiode.

### **Der Maßnahmenkatalog:**

#### **Die Lohnsteuer / Einkommenssteuer**

Steuern auf das Einkommen waren laut dem Bundesministerium der Finanzen im Jahr 2007 mit Abstand der größte Einnahmeposten im Bundeshaushalt. 42 % der Gesamteinnahmen wurden über die Steuern auf das Einkommen realisiert.

Das soll auch (mindestens) so bleiben. Wir fordern in erster Linie eine Neuregelung der individuellen Belastung durch die Lohn- bzw. Einkommenssteuer. Möglich sind zudem Zusatzerträge für den Bundeshaushalt durch Mehreinnahmen bei den Gut- und Besserverdienenden, die u.a. die Grundlage für die teilweise steuerfinanzierte Sozialversicherung darstellen kann.

Der **Einkommenssteuerfreibetrag** beträgt derzeit 7.664 Euro (für Alleinstehende, Verheiratete das Doppelte ) zzgl. des Arbeitnehmerpauschalbetrags von 920 Euro und des Pauschalbetrags für Sonderausgaben von 36 Euro. Daraus ergibt sich eine Steuerfreigrenze von insgesamt 8.620 Euro, die rechnerisch bei einem monatlichen Bruttoverdienst von 718,34 Euro<sup>4</sup> erreicht wird.

Zum Vergleich: Bei einem Mindestlohn von 7,50 Euro und einer 40-Stunden-Woche erhält ein ArbeitnehmerIn durchschnittlich 1300 Euro Brutto im Monat.

Wir fordern eine Zusammenführung der Pauschalbeträge mit dem Einkommenssteuerfreibetrags und eine Festsetzung dieser neuen Gesamtgrenze auf mindestens 10.000 Euro. Dabei soll die Grenze an die Inflationsrate in der Bundesrepublik indexiert werden. Die Grenze von mindestens 10.000 Euro drückt dabei den Stand zum 01.01.2008 aus und wird jährlich nachträglich an die Preissteigerung angepasst. Damit soll es auch möglich werden, die negativen Effekte der kalten Progression abzumildern.

Mit Überschreiten der Freigrenze beginnt die Besteuerung der darüber liegenden Beträge. Dabei wird jeder Euro bis zum Erreichen des Spitzensteuersatzes in Abhängigkeit zur **Progression** anders besteuert . Der Tarif verläuft in zwei Progressionsstufen. Bis zu einem zVE von 12.740 Euro steigt die Steuerlast „steiler“ an als danach.

---

<sup>4</sup> Ohne Berücksichtigung von Vorsorgeaufwendungen oder sonst. Belastungen die das steuerpflichtige Brutto reduzieren

## Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 04. Juli 2009 in Zwickau

Wir fordern einen durchgehend linearen Progressionsverlauf vom Eingangssteuersatz bis zum Erreichen des Spitzensteuersatzes. Dabei soll die Progression in Summe der heutigen entsprechen. Sie stellt somit einen gewogenen Durchschnitt der beiden bisherigen Anstiege dar.

Der **Spitzensteuersatz** liegt in Deutschland momentan bei 42 % und wird auf den Teil des zu versteuernden Einkommens (zvE) erhoben, der über 52.152 Euro liegt. (Hinzukommt noch einmal die sog. Reichensteuer von 3 % für den Teil des zvE, welcher 250.000 bzw. 500.000 Euro für Verheiratete übersteigt.)

Wir wollen die Absenkung des Eingangssteuersatzes auf 10 % und fordern den Spitzensteuersatz auf 42,5 % zu heben. Die untere Bemessungsgrenze soll zunächst, wie oben genannt, 10 000 Euro und die obere Grenze 60 000 Euro betragen. Die Grenzen werden jährlich mit einem festen Satz von 2,5% an die Inflation angepasst.“

Zudem ist zu prüfen, dass die Steuermindereinnahmen durch die Veränderung der Progression und dem größeren Einkommenssteuerfreibetrag mindestens ausgeglichen werden.

Die so genannte Reichensteuer soll weiterhin in Höhe von 3 % auf den Spitzensteuersatz aufgeschlagen werden, die Grenzen sind auf 150.000 EUR zVE abzusenken.

In Deutschland hat die Versorgung und Förderung von Kindern einen hohen Stellenwert inne. Dazu wird u.a. an einen Elternteil das **Kindergeld**<sup>5</sup> ausgezahlt. Das Kindergeld soll das monetär ausgedrückte Existenzminimum eines Kindes darstellen. Gleichwohl gibt es in Deutschland einen **Kinderfreibetrag** der auf die Steuer angerechnet werden kann. Übersteigt die Ersparnis durch diesen Freibetrag die Zahlung des Kindergeldes, wird das Kindergeld mit dem Kinderfreibetrag verrechnet. Das heißt, dass für jedes Kind den Eltern mindestens die Höhe des Kindergeldes vom Staat zugesprochen wird. Für Eltern, die ein bestimmtes Einkommensniveau übersteigen, zahlt der Staat über eine Steuerersparnis sogar noch mehr für das Kind. Die Steuerersparnis greift in Abhängigkeit der Steuerklasse und des Familienstandes nach der Grundtabelle ab rund 35.000 Euro und nach der Splittingtabelle ab rund 67.000 Euro. Während Kinder bis zu einem bestimmten Einkommensniveau der Eltern aus monetärer Sicht gleichgestellt sind, werden Kinder reicher Eltern besser gestellt.

Die monetäre Förderung soll das für alle Kinder gleiche, staatliche Kindergeld sein. Dabei soll geprüft werden, wie hoch die jährlichen staatlichen Ausgaben für Kindergeld und Kinderfreibetrag sind. Der sich daraus pro Kind ergebende Mittelwert soll das neue Kindergeldniveau angeben, nachdem dann alle Kinder gleich behandelt werden. Einen zusätzlichen (Haushalts-)Aufschlag auf das Kindergeld für das zweite, dritte usw. Kind eines Haushaltes halten wir für sinnvoll, um dadurch den höheren Aufwendungen der Familien mit vielen Kindern Rechnung zu tragen.

---

<sup>5</sup> Für erstes und zweites Kind momentan 164 Euro, für das dritte 170 Euro und für jedes weitere 195 Euro



## Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 04. Juli 2009 in Zwickau

Weiterhin fordern wir, dass das Kindergeld nicht mehr mit anderen staatlichen Leistungen verrechnet werden darf, wie es beim sog. Arbeitslosengeld II der Fall ist. Kinder brauchen Möglichkeiten sich zu entfalten. Daher ist es unerlässlich den Eltern dafür die Mittel zur Verfügung zu stellen. Kinder können nichts für die finanzielle Situation der Familie, in die sie hineingeboren werden. Daher fordern wir Kinder von staatlicher Seite gleich und gerecht zu behandeln und ihnen die Chancen auf eine unbeschwerte Kindheit zu eröffnen.

Ehepaare werden in Deutschland steuerrechtlich oftmals unverheirateten Menschen gegenüber stark bevorteilt. Das zentrale Instrument dazu ist das **Ehegattensplitting**, das zusammen veranlagten Ehepaaren einen Vorteil bietet, wenn das Einkommen der einzelnen Personen sehr unterschiedlich ist. Denn das gemeinsame zVE beider Ehegatten wird halbiert und die sich daraus ableitende Steuer wieder verdoppelt.

Besonders vorteilhaft ist das, wenn einE PartnerIn über kein eigenes Einkommen verfügt, denn so kann auch für diese Person der Steuerfreibetrag und die Progression der Einkommenssteuer ausgenutzt werden. Auch durch Steuerklassen können EhepartnerInnen ihre Steuerlasten verändern. Denn als verheiratete Menschen können sie sich Steuerklassen herausuchen, die ihrem Verdienst nach die meisten Vorteile hervorbringen. Ledige hingegen werden danach eingeteilt, ob sie ein Kind haben oder nicht bzw. ob sie mehreren Jobs nachgehen. Damit wird die Ehe staatlich gefördert, ohne dass es dafür eine gemeinwohl-orientierte Berechtigung gibt. Hierbei werden Kinder nicht berücksichtigt, die jedoch ein berechtigter Fördermaßstab sind.

Wurden doch im Jahr 2002 26 % aller Neugeborenen von unverheirateten Müttern zur Welt gebracht. Diese steuerlichen „Anreize“ bringen all den Menschen Nachteile, die in einem anderen Lebensentwurf, als dem der Ehe, leben. Die Freiheit, eine Ehe eingehen zu wollen oder nicht, sollte nicht durch die Entscheidung nach dem dickeren Geldbeutel bestimmt sein. Diese Besteuerung fördert zugleich das antiquierte Rollenbild, in dem der Mann arbeitet und die Frau am Herd steht. Und das ist wahrlich kein Grund für eine solche Subventionierung.

Wir fordern das Ehegattensplitting abzuschaffen und jeden Menschen individuell zu besteuern. Ebenso fordern wir die Abschaffung der verschiedenen Einkommenssteuerklassen. Es darf keine unterschiedliche Besteuerung von Arbeitseinkommen geben. Zugleich wird damit das übertrieben komplizierte Steuersystem etwas entwirrt.

Nach dem Einkommensteuergesetz der Bundesrepublik werden sieben Arten von Einkünften für natürliche Personen unterschieden: Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, aus Gewerbebetrieb, aus selbstständiger Arbeit, aus nicht selbstständiger Arbeit, aus Kapitalvermögen, aus Vermietung und Verpachtung und sonstige Einkünfte. Bislang werden diese **Einkunftsarten** unterschiedlich besteuert. So wird z.B. ein Einkommen aus Kapitalvermögen geringer steuerlich belastet als die eigene Erwerbsarbeit als AngestellteR oder ArbeiterIn.

Wir fordern ein Zusammenlegen aller sieben Einkunftsarten nach dem Einkommenssteuergesetz der Bundesrepublik Deutschland zu einem einzigen Einkommen und der gleichen Besteuerung der gesamten Einkünfte. Damit wird

nicht nur die Steuererklärung erleichtert, sondern auch das Einkommen, egal wie es entsteht, gleich behandelt.

### **Vermögenssteuer**

Seit dem Jahr 1995, als das Bundesverfassungsgericht die Erhebungsgrundlage für die damals bestehende Vermögenssteuer kippte, ist dieses Besteuerungsmodell Zündstoff für Diskussionen. Dabei treffen diejenigen, die von einer reinen Neid-Debatte sprechen auf diejenigen die diese Steuer als zentrales Mittel der Umverteilung ansehen.

Klar ist, dass die Vermögenssteuer in Gänze nach dem richterlichen Beschluss im Jahre 1997 abgeschafft wurde. Die Kohl'sche Regierung hat keine Änderung an dem Gesetz vorgenommen, um die Erhebungsgrundlage auf verfassungsgemäße Füße zu stellen.

Mittlerweile wird damit gerechnet, dass eine Vermögenssteuer von einem Prozent, ab einem Vermögen von 500.000 Euro, zu 16 Milliarden Euro an Steuereinnahmen führen würden.<sup>6</sup> Hierbei wurde jedoch keine Unterscheidung danach getroffen, ob das Vermögen monetär zu Grunde liegt, in Immobilien oder anderen Sachwerten investiert wurde oder Kapital eines Betriebes ist.

Zugleich fürchten Kritiker, dass mit der Besteuerung in der hier beschriebenen Form mehr als 300.000 Arbeitsplätze verloren gingen durch eine Überbesteuerung von Unternehmen und daraus resultierende abwandernde Investitionen.

Klar ist, dass Vermögen immer dazu eingesetzt wird, um es zu vermehren. Dadurch werden die Reichen immer reicher. Bei Kapitalvermögen wird in Abhängigkeit der Zinslage, so doch immer ein deutlich höherer Ertrag, als der zum Inflationsausgleich nötige, angestrebt. In den letzten Jahren konnten auf große Vermögen mehr als fünf Prozent an Rendite verbucht werden – bei einer Inflation von zumeist unter drei Prozent. Bei Kapitalbeteiligungen z.B. über den Kauf von Aktien wird eine langfristige Rendite von mindestens sieben Prozent angestrebt. Deutschen Banken wollten in den letzten Jahren Eigenkapitalrenditen von 20 % und mehr erwirtschaften. Die Besteuerung von einem Prozent sorgt dann in allen Anlagefällen noch für Zugewinne über dem Inflationsausgleich. Wichtig ist nur sicherzustellen, dass kleine Vermögen nicht unnötig belastet werden, dass die Bildung von Rücklagen z.B. zur Alterssicherung möglich ist und dass ausreichendes Wohneigentum geschützt bleibt.

Wir fordern die Wiedereinführung der Vermögenssteuer von einem Prozent. Dabei werden abgestufte Freibeträge geschaffen, die ausreichen um u.a. Wohneigentum steuerfrei zu sichern. So wird für eine alleinstehende Person erst ab einem Vermögen von 500.000 Euro diese Steuer fällig. Bei EhepartnerInnen wird dieser Satz für jeden der beiden separat gelten. Es wird nicht der doppelte Betrag für das Ehepaar gemeinsam gewertet. Bei gemeinsamen Anlagen, die auf beide Namen laufen, wird der Betrag hälftig auf die Personen aufgeteilt. Kinder erhöhen nicht den

---

<sup>6</sup> Siehe das SPD-Papier „Reichtum nutzen, Armut bekämpfen, Mittelschicht stärken“

Freibetrag der EhepartnerInnen, denn sie erhalten selbst die Vermögensfreigrenze von Geburt an.

Ein Betrieb erhält eine Steuerfreigrenze von 2.500.000 Euro. Danach gilt auch hier die Besteuerung von einem Prozentpunkt.

Der Gesetzgeber muss dabei sicherstellen, dass es eine verfassungsrechtlich akzeptable Erhebungsgrundlage für diese Besteuerung geben wird.

### **Abgeltungssteuer**

Die Abgeltungssteuer ist eine Quellensteuer auf Kapitalerträge, die 2009 in Deutschland eingeführt wurde. Sie fasst die davor geltenden Arten der Besteuerung von Kapitalerträgen zusammen. Seither werden die Erträge, die die Höhe des Freistellungsauftrages überschreiten, pauschal mit höchstens 25 %<sup>7</sup> versteuert und die Steuer direkt vom Kreditinstitut abgeführt .

Da die Abgeltungssteuer eine Quellensteuer ist, müssen Kapitalerträge nicht mehr in der Einkommenssteuererklärung angegeben werden. Daher erfolgt die Versteuerung nicht zum individuellen Steuersatz, sondern nur zum maximalen Satz von 25 %. Dadurch werden Kapitalerträge steuerlich anders behandelt als andere Einkommensarten und große Vermögen deutlich entlastet.

Wir fordern, dass die Erträge aus Kapitalvermögen steuerlich genauso behandelt werden wie alle anderen Einkommensarten. Kapitalerträge sind Teil des Einkommens und als solches müssen sie mit allen anderen Einkünften in der Einkommenssteuererklärung gleichberechtigt erfasst und zum individuellen Steuersatz versteuert werden.

Wie schon unter Punkt eins gefordert, wird die Einkunftsart „Erträge aus Kapitalvermögen“ mit den anderen Einkunftsarten zusammengefasst.

Der bisher geltende Freistellungsauftrag von 801 Euro pro Person soll in dieser Höhe beibehalten werden. Einhergehend mit der Abschaffung des Ehegattensplittings soll auch der Freistellungsauftrag für Ehepaare nicht mehr in doppelter Höhe für beide Personen zusammen gelten (also 1602 Euro), sondern wir fordern, dass das beide Personen individuell den einfachen Freistellungsauftrag zur Verfügung haben. Für auf beide Namen geführte Konten werden die Erträge hälftig auf beide PartnerInnen aufgeteilt und auf die individuell freigestellten Beträge angerechnet, so dass die Vermögen nicht mehr gesamt – sondern getrennt auf beide Personen – behandelt werden.

### **Börsenumsatzsteuer**

In Deutschland wurde 1885 die Besteuerung von Wertpapiertransaktionen eingeführt und nach über 100 Jahren 1991 abgeschafft. In Großbritannien gibt es eine Börsenumsatzsteuer in Höhe von 0,5 % für alle Transaktion. Nach Berechnungen von deutschen Wirtschaftsinstituten (Stand 2005) brächte sie in Deutschland Steuereinnahmen von 14 Milliarden Euro jährlich.

Jedoch werden hierbei keine Freibeträge berücksichtigt. Diese könnten KleinanlegerInnen helfen, sich ohne zusätzliche Belastungen an Gewinnen der

---

<sup>7</sup> Zzgl. Solidaritätszuschlag und ggf. Kirchensteuer

## **Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 04. Juli 2009 in Zwickau**

Unternehmen zu beteiligen. Zumal die prozentualen Kosten, die durch die Kreditinstitute anfallen bei kleinen Investitionsbeträgen viel höher sind als bei großen. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass die staatlich subventionierten Vermögenswirksamen Leistungen (VL), die Arbeitgebende an ihre Angestellten auszahlen, nicht mit Steuern belastet werden, um so nicht wieder die Subvention auf diesem Wege abzuschöpfen.

Wir fordern die Wiedereinführung einer Börsenumsatzsteuer an deutschen Handelsplätzen. Dazu soll auf alle Transaktionen mit Wertpapieren, Beteiligungen, Rohstoffen und Devisen ein Betrag in Höhe von 0,5 % des Handelsvolumens als Steuer auf den Kaufpreis aufgerechnet werden. Davon unberücksichtigt bleiben die Anlage von Vermögenswirksamen Leistungen und ein jährliches steuerfreies Handelsvolumen von 50.000 Euro, das gewährleistet, dass eine Person seine Altersvorsorge in einem Jahr komplett umschichten kann.

### **Tobin-Steuer**

James Tobin, ein US-Amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler schlug 1972 eine Besteuerung aller internationalen Devisengeschäfte vor, die die spekulativen Wechselkursschwankungen reduzieren soll. Tobin schlug vor, diese Besteuerung weltweit einzuführen, um den besten Effekt zu erzielen. Bislang wurde sie jedoch noch nie so eingeführt, wird aber durch die von uns geforderte Börsenumsatzsteuer zumindest auf deutschen Handelsplätzen quasi realisiert. Zu erwähnen bleibt, dass es, anders als bei anderen Anlageformen, im Devisenmarkt keine Erträge durch Zinsen oder Dividenden gibt, sondern die Gewinne, die durch Wechselkursschwankungen erwirtschaftet werden, die Verluste anderer MarktteilnehmerInnen sind. Die Steuer könnte damit den Ertrag reduzieren und Spekulationen langfristig unrentabel machen, da dem Markt konsequent Geld entzogen wird – wenn gleich dieses Ergebnis umstritten ist.

Wir fordern, dass alle Devisengeschäfte – möglichst global – mit einer Steuer von 0,5 % des Umsatzes belastet werden. Der erste Schritt dazu ist auf die europäische Ebene einzuwirken und bei Devisengeschäften mit dem Euro die Tobin-Steuer i.H.v. 0,5% zu erheben.

### **Erbschafts- / Schenkungssteuer**

Die große Koalition wurde zu einer Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer gezwungen, als das Bundesverfassungsgericht die damalige Regelung für verfassungswidrig erklärte, da Immobilienwerte anders als monetäres Vermögen angesetzt werden konnte. Diese Bevorteilung zu Gunsten von Immobilien musste abgeschafft werden. In dem Zuge einigte sich die Große Koalition auf eine generelle Veränderung dieser Steuer.

Verstärkt wurden in den neuen Regelungen die Bevorteilung für die Vererbung an insbesondere die eigenen Kinder und Stiefkinder. Durch höhere Freibeträge werden die Nachkommen der VererberInnen oder SchenkerInnen besser gestellt. Ebenfalls eine steuerliche Besserstellung erfuhren EhepartnerInnen und Enkelkinder. Alle jene werden – bei unterschiedlichen Steuerfreibeträgen in der Steuerklasse eins geführt. Alle anderen Personen werden den Steuerklassen zwei und drei zugeordnet, welche

## Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 04. Juli 2009 in Zwickau

nach der gesetzlichen Neuregelung steuerlich schlechter gestellt werden. Es wurden zwar die Freibeträge auch in den Steuerklassen zwei und drei auf jeweils 20.000 Euro erhöht. Jedoch ist das kein Vergleich zu den 500.000 Euro für EhepartnerInnen oder 400.000 Euro für die eigenen Kinder. Drastisch verschlechtert hat sich indes der Eingangsteuersatz der sich mit nunmehr 30 Prozent in etwa verdoppelt hat – während die 7 Prozent für die Steuerklasse eins beibehalten wurde.

Die Reform führte also zu einer massiven steuerlichen Begünstigung von Ehe und Familie. Der Gesetzgeber betrachtet damit die/den nicht ehelichen LebenspartnerIn, Freunde, Patenkinder oder Pflegekräfte als „minderwertige“ Erben an. Für die steuerliche Besserstellung der eigenen Nachkommen und der Ehe gibt es keine Notwendigkeit. Entscheidend sollte der Wille der VererberInnen bzw der SchenkerInnen sein. Diese werden nicht nach steuerlichen Aspekten entscheiden, wer Ihren Besitz zugesprochen bekommen soll. Die Kinder und EhepartnerInnen schützt der gesetzliche Erbteil vor dem gänzlichen Ausschluss aus dem Testament. Eine Steuer kann davor nicht schützen.

Wir fordern eine Gleichbehandlung aller Erben unabhängig von Familienstand bzw. der Beziehung zur vererbenden bzw. verschenkenden Person. Dazu fordern wir einen allgemeinen Steuerfreibetrag von 400.000 Euro auf das gesamte Erbe bzw. die Schenkung (binnen von 10 Jahren pro verschenkender Person). Dieser Freibetrag wird anteilig auf alle Erben bzw. Beschenkten aufgeteilt nach dem vererbten Vermögen. Die Versorgungsfreibeträge, die es bislang zusätzlich zu den Steuerfreibeträgen gibt, entfallen.

Die Unterscheidung in drei Steuerklassen ist Aufzuheben und eine Besteuerung hat für alle Erben – nach Abzug des (anteiligen) Steuerfreibetrags – nach folgender Staffelung zu erfolgen. Dabei gilt die Besteuerung individuell für die Summe, die der jeweilige Erbe bzw. Beschenkte erhält, nach folgender folgender Steuerstaffelung:

|                     |      |
|---------------------|------|
| bis 50.000 Euro     | 10 % |
| bis 500.000 Euro    | 15 % |
| bis 5.000.000 Euro  | 20 % |
| bis 10.000.000 Euro | 25 % |
| bis 20.000.000 Euro | 30 % |
| ab 20.000.000 Euro  | 50 % |

Weiterhin sollen Stundungen bei der Weiterführung von Unternehmen, für mindestens 10 Jahre, möglich sein, wie es im bisherigen Erbschaftssteuergesetz vorgesehen ist.

### **Umsatz- / Mehrwertsteuer**

Die Sozialdemokratie hat sich jahrelang gegen eine Erhöhung der Umsatzsteuer verwehrt. Denn klar ist, dass von dieser Besteuerung eben jene Bevölkerungsgruppen betroffen sind, die über keine oder eine geringe Sparquote verfügen und ihr gesamtes Einkommen zur Lebensunterhaltung aufwenden müssen.

In den letzten Bundestagswahlkampf zog die CDU mit der Forderung, die Umsatzsteuer um zwei Prozentpunkte erhöhen zu wollen. Die SPD lehnte dies kategorisch ab. In den Koalitionsverhandlungen wurden dann aus den beiden

## **Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 04. Juli 2009 in Zwickau**

Forderungen, von zwei und null Prozent, drei Prozent. Für die SPD ging das mit einem Verlust ihrer Glaubwürdigkeit einher.

Einer erneuten Senkung der Steuer – insbesondere einer kurzfristigen zur konjunkturellen Belebung stehen wir kritisch gegenüber. Eine solche Senkung würde vielfach allein zum Vergrößern des Gewinns der Unternehmen beitragen und selten an die VerbraucherInnen weitergegeben.

Trotz allem gibt es Nachbesserungsbedarf bei der Umsatzsteuer. Neben dem normalen Mehrwertsteuersatz von 19 % in Deutschland gibt es den verminderten Steuersatz von 7 %, der auf eine Vielzahl von Produkten Anwendung findet. Viele dieser steuerlichen Ausnahmen scheinen noch aus Kaisers Zeiten zu stammen, viele aufgrund bestimmter Lobbygruppen eingerichtet worden zu sein. So ist es im Moment möglich nicht nur u.a. Nahrungsmittel zum verminderten Mehrwertsteuersatz zu kaufen sondern auch Schnittblumen oder Rennpferde. Eine politische Notwendigkeit für diese Regelungen ist nicht erkennbar. Es scheint keine sozialen Notwendigkeiten zu geben, diese Regelungen in der bisherigen Form beizubehalten.

Wir fordern, dass der verminderte Mehrwertsteuersatz in Deutschland nur noch auf die für den menschlichen Verzehr bestimmten Produkte Anwendung findet. Die Ausnahme davon bilden lediglich der Verkauf von Speisen durch gastronomische Einrichtungen oder der Verkauf von Speisen die normalerweise durch gastronomische Einrichtungen angeboten werden.

Diese Forderung ermöglicht eine rigorose Vereinfachung des Umsatzsteuergesetzes und die Abschaffung von unnötigen Ausnahmen, auf die der verminderte Mehrwertsteuersatz Anwendung findet, wie sie im § 12 UStG zu finden sind

### **Das Ziel, keine gesellschaftliche Utopie**

Die Finanzkrise, die Regierungen und die Wirtschaft überall auf dem Erdball seit 2008 auf Trab hält, hat ihre Wurzeln in einem unnachgiebigen und kurzsichtigen Gewinnmaximierungsstreben. Einzelne Mechanismen für diese Politiken sind Lohndruck, Abbau von Sozialleistungen und die Vernachlässigung einer nachhaltigen Energie- und Umweltpolitik. Kurzfristige Instrumente zur konjunkturellen Belebung, die allein Unternehmen und Kapitaleigner unterstützen sind abzulehnen. Denn diese Instrumente haben nicht nur eine soziale Spaltung zur Folge, sie führten uns zielstrebig in diese weltweite Krise. Und es wird die nächste folgen, wenn wir aus dieser nicht schlau werden.

Doch sind die oben aufgeführten Maßnahmen, so vielschichtig sie auch sind, nur ein Baustein für die notwendige Umverteilung in Deutschland. Nicht alle Steuern wurden erfasst, die verändert und angepasst werden müssen. Das Hauptaugenmerk liegt hierbei auf den großen Steuern des Bundeshaushaltes, die oftmals von Privatpersonen erbracht werden. Es muss eine weitere Anpassung bei der Besteuerung von institutionellem Einkommen und Vermögen erfolgen. Die Zielrichtung dafür ist nach diesem Antrag jedoch klar. Eine neoliberale Orientierung nach den alleinigen Bedürfnissen der Unternehmen darf es nicht geben. Sie wird nicht zum Ziel führen, egal wie viele Kontrollmechanismen eingebaut werden sollen. Wir müssen auch dafür sorgen, dass keine überbürokratisierten Kontrollen nötig sind.

Daher ist eine Verbesserung der Einkommens- und Vermögensverteilung unumgänglich. Sie wird nicht leicht zu erkämpfen sein, denn sie wird zu Lasten derer gehen, die das Kapital und den Lobbyismus auf ihrer Seite wissen. Doch der oben aufgeführte Maßnahmenkatalog ist notwendig um eine widerstandsfähige Gesellschaft zu schaffen, deren Binnennachfrage langfristig gestärkt wird und die den Boden bereitet für eine Gesellschaft, in der sich kein Mensch abgehängt und benachteiligt fühlen muss. Und erst wenn alle Menschen eingebunden sind, ist eine zukunftsfähige Gesellschaft erreicht, welche, durch den persönlichen Einsatz jeder und jedes Einzelnen und die auf den Menschen bezogene Arbeit, langfristig Bestand hat.

### **Hautenge Situation**

#### **Die SPD-Landtagsfraktion möge beschließen:**

Der SPD-Landtagsfraktion setzt sich für die flächendeckende Schaffung von Eltern-Kind-Parkplätzen ein.

### **Versprechen einlösen bei Agrarsubventionen**

Die Jusos Sachsen fordern die Bundesregierung und die SPE-Fraktion im Europaparlament auf bei Agrarsubventionen den Worten Taten folgen zu lassen. Wir fordern eine reale Senkung bei den Agrarsubventionen.

### **Leiden und Qualen beenden**

Wir fordern von der sächsischen Gesundheitsministerin Clauß, CDU ein klares Bekenntnis zum Tierschutz.

Dazu gehört für uns perspektivisch:

1. schrittweise Abschaffung aller genehmigungspflichtigen Tierversuche in Sachsen und darüber hinaus

Mindestens aber:

1. Beendigung staatlicher Subventionen für Tierversuche
2. verstärkte finanzielle Förderung tierversuchsfreier Alternativmethoden
3. eine Kennzeichnungspflicht für Produkte mit Tierversuchen
4. eine jährlich veröffentlichte Liste von Firmen, die Tierversuche durchgeführt haben und wieso sie diese durchgeführt haben
5. eine umfangreiche Informierung der Bürger\_innen über die Durchführung von Tierversuchen und Folgen für diese Tiere

6. die paritätische Zusammensetzung der Tierschutzkommission aus Wissenschaftlern und vorgeschlagenen Personen von Tierschutzverbänden

### **Ökologisch nachhaltig auf Jusoveranstaltungen**

Auf allen Veranstaltungen der Jusos Sachsen sollen ökologisch nachhaltige produzierte, regionale und/oder fair gehandelte Produkte, Lebensmittel und Getränke zur Verfügung gestellt werden.

# RESOLUTION

## **Für ein linkes Klima. Tolerant. Gerecht. Sozial.**

Wer gesellschaftlichen Fortschritt und gleichberechtigte Teilhabe am demokratischen, wirtschaftlichen und sozialen Miteinander fordert, muss wissen, mit welchem Umfang und welchen Zielsetzungen politische Entscheidungen verbunden sind. Wir Jusos haben über die Jahre hinweg Positionen und Forderungen erarbeitet, diskutiert und beschlossen. Diese inhaltlichen Wegmarken zusammen zu fassen und für den Wahlkampf als Handreichung zur Verfügung zu stellen – so versteht sich dieses Papier.

### **Für eine Bildung ohne Barrieren – von der KiTa bis zur Rente**

Wir Jusos stehen für Chancengleichheit und Durchlässigkeit im Bildungssystem und zwar ein Leben lang. Für uns muss Bildung für alle Menschen frei zugänglich und damit kostenfrei sein. Wir wollen Bildungsbarrieren abbauen: Mit freien KiTa-Plätzen für alle, durch längeres gemeinsames Lernen in der Schule, die Ausweitung des berufsqualifizierenden Zugangs zu Hochschulen und der Stärkung des dualen Ausbildungssystems. Für uns ist klar: Bildung ist Menschenrecht.

Moderne Ansätze der Vermittlung von Wissen erachten wir als Basis für ein gutes Bildungssystem. Wir wollen eine neue Lernkultur: statt Faktenpaukerei Kompetenzvermittlung, weg vom einseitigen Frontalunterricht zu mehr Gruppen- und Projektarbeit in den Schulen, aber auch in den höheren Bildungseinrichtungen. Für uns ist Bildung auch der wichtigste Zugang zur Demokratie. In jeder Bildungsstufe muss Demokratie erlebbar sein, daher fordern wir eine umfassende Demokratisierung aller Bildungseinrichtungen - auch und gerade um rechtsextremen Gedankengut vorzubeugen.



### **Die ersten Schritte – Bildungskarrieren beginnen in der KiTa!**

Die KiTa ist keine Aufbewahrungseinrichtung für Kinder, sondern die erste wichtige Bildungsstation im Leben eines Menschen. Daher fordern wir den kostenfreien Zugang zu Kindertagesstätten und ein bedarfsdeckendes Angebot jener in Sachsen.

Wir wollen den Betreuungsschlüssel zwischen den zu betreuenden Kindern und dem Personal deutlich zu verbessern. So soll ein Erzieher maximal sieben Kinder betreuen und eine KiTa-Gruppe darf für maximal 13 Kinder ausgelegt sein.

Für uns ist die KiTa ein bedeutsamer Raum für die Ausbildung erster sozialer Kompetenzen durch die Interaktion verschiedener Kinder mit unterschiedlicher Herkunft oder Hintergrund. Daher fordern wir eine Pflichtteilnahme an der KiTa ab dem dritten Lebensjahr.

Wir wollen die Qualität der pädagogischen Arbeit und das Ansehen des Erzieher/innenberufs perspektivisch durch eine Ausbildung der Erzieher/innen an Fachhochschulen oder Berufskademiem gewährleisten. Darüber hinaus setzen wir uns für die Förderung von Männern im Erzieherberuf in den KiTas und bei den Grundschullehrer/innen ein.

Die Einführung des Bildungsplanes in den KiTas ist eine Erfolgsgeschichte. Dessen Weiterentwicklung muss gefördert und die konsequente Umsetzung durch Vor- und Nachbereitungsstunden für Erzieher/innen gewährleistet werden.

### **Eine Schule für alle!**

Sachsens Schulsystem ist durch das zweigliedrige Schulsystem ab der fünften Klasse und die isolierte Förderschule stark selektierend und auf Elitebildung ausgelegt. Auch die Vermittlungsformen sind rückständig und stark unmodern.

Für uns ist die notwendige Antwort auf das selektive sächsische Schulsystem die Gemeinschaftsschule ab der fünften Klasse, die wir flächendeckend in Sachsen einführen. Damit einher gehen die Abschaffung der sächsischen Bildungsempfehlung und die Möglichkeit Abschlüsse nachzuholen – nur so erreicht man wirkliche Durchlässigkeit!

Der Weg zum Abitur soll erst ab der 11. Klasse und nach erfolgreichem Abschluss der Mittelstufe in Gymnasialklassen an den Gemeinschaftsschulen erfolgen.

An einer Schule, wie wir sie uns vorstellen, spielt der traditionelle Frontalunterricht keine oder nur noch eine geringe Rolle. Für uns ist die Gemeinschaftsschule Bestandteil einer Kommune, die wiederum in den Lernprozess integriert ist. Darüber hinaus müssen Vereine, Verbände und die Eltern in den Schulprozess eingebunden werden. Zur Unterstützung des Lehrpersonals und zur Betreuung von Schüler/innen fordern wir den breiten Einsatz von Sozialpädagogen/innen an allen Schulen in Sachsen.

Ausgaben für Bildung sind für uns eine der wichtigsten Staatsaufgaben, daher betrachten wir diese auch als Investitionen und nicht als Verwaltungsausgaben.

Um absolute Chancengleichheit zu garantieren, lehnen wir jede Form von Schulgeld ab.

Zur Stärkung von der innerschulischen Demokratie fordern wir eine drittelparitätlich besetzte Schulkonferenz der Schüler/innenvertreter/innen, Elternvertreter/innen und Vertreter/innen der Schule. Die Arbeit der Schüler/innenmitverwaltung muss von der Schule gestärkt und positiv bekleidet werden. Auch die Stadt- Kreis- und Landeschüler/innenvertretungen leisten einen wichtigen Beitrag zur demokratischen Ausgestaltung des sächsischen Schulsystems.

## **Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 04. Juli 2009 in Zwickau**

Für uns Jusos ist Bildung das bedeutsamste Mittel zur Integration. Es ist Aufgabe des Schulsystems „verhaltensauffällige“, behinderte und „lernschwache“ Kinder zu integrieren. Daher fordern wir die Abschaffung der rückständigen Förderschulen in Sachsen.

Des Weiteren befürworten wir den Ausbau von Ganztagsangeboten, da diese einerseits berufstätige Eltern entlasten und andererseits den Schüler/innen Raum für Hobbys, Sport oder auch zum betreuten Lösen von Schulaufgaben bilden. Diese Angebote müssen kostenfrei sein.

Jedes Schulkind hat ein Recht auf ein gesundes und kostenfreies Mittagessen sowie auf kostenlose geeignete Lernmittel und Schülerbeförderung. Unzumutbar lange Schulwege und riesige Klassen sowie mit der Schulschließungspolitik der CDU muss Schluss sein.

Darüber hinaus müssen alle Schulen in Sachsen gut ausgestattet sein. Gerade im Bereich der Neuen Medien müssen die sächsischen Schulen modernisiert werden. Jeder/m Schüler/in muss in der Schule ein Internetarbeitsplatz zur Verfügung stehen. Der Lehrer/innenberuf muss wieder attraktiver werden und die Lehramtsausbildung modernen erziehungswissenschaftlichen Erkenntnissen angepasst werden. D.h. neben der notwendigen Fachausbildung muss die Fachdidaktik stärker in das Hochschulcurriculum einbezogen werden.

### **Berufliche Ausbildung**

Der Weg einer beruflichen Ausbildung ist der Weg in die soziale Integration und der Einstieg in die Selbstständigkeit in unserer Gesellschaft. In einer beruflichen Ausbildung werden neben handwerklichen Fähigkeiten zur Ausübung eines Berufes auch Sozialkompetenzen für den Einstieg ins Berufsleben geschaffen.

Wir Jusos Sachsen halten das duale Ausbildungssystem für die beste Möglichkeit, sich beruflich zu bilden. Um den Erfordernissen der betrieblichen Praxis gerecht zu werden wollen wir, dass alle Berufe einen bundesweit einheitlichen Ausbildungsrahmenplan haben.

Wir streiten - auch vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise - für eine Übernahme Garantien in den Ausbildungsstätten und setzen uns für eine weitere Verbesserung des Jugendarbeitsschutzgesetzes im Sinne der Auszubildenden ein.

### **Die Hochschule der Zukunft**

Maßgebliches Ziel sozialdemokratischer Politik ist die Behebung eklatanter sozialer, wie fachlicher Schieflagen bezüglich des Zugangs zu den Hochschulen. Wir stehen für ein gebührenfreies Studium und ein elternunabhängiges BAFöG. Des Weiteren verlangen wir die regelmäßige Erhöhung an die Lebenshaltungskosten.

Für viele Studiengänge halten wir zudem den berufsqualifizierenden Hochschulzugang für völlig ausreichend und wollen hier weiter Zugangsschranken abbauen.

Mit dem neuen Hochschulgesetz wurde die Autonomie der Hochschulen und damit ihre Verantwortung gestärkt. Wir wollen, dass in den Leistungsvereinbarungen mit den Hochschulen die Qualitätssicherung und die Qualität der Lehre eine stärkere Berücksichtigung erfährt.

Wir fordern eine konsequente Weiterentwicklung der Gruppenuniversität im Sinn der Stärkung der Demokratie und der Sicherung der Arbeitsfähigkeit. In allen Gremien, die Interessen aller Statusgruppen betreffen, streben wir die Viertelparität an.

## **Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 04. Juli 2009 in Zwickau**

Wir wollen so dem Mittelbau eine stärkere Stimme geben und das Übergewicht einer Gruppe verhindern. Die studentische Selbstverwaltung ist, sowohl innerhalb der universitären Gremien, als auch intern, zu stärken.

Die Studierendenwerke wollen wir zukunftssicher machen. Ihre Leistungen für sozial benachteiligte Menschen sind auszubauen, um die Bildungsgerechtigkeit in Sachsen zu erhöhen. Die Jusos Sachsen fordern den Ausbau der Mitbestimmungsrechte von Studierenden und Personal. Privatisierungen lehnen wir ab!

### **Lebensbegleitendes Lernen**

Bildung soll nicht nur auf eine Lebensphase beschränkt sein. Eben weil Bildung mehr ist als eine Investition in die Köpfe, wollen wir für alle - gleich welchen Alters oder Beschäftigung - Bildungsangebote bereitstellen. Dies reicht von der beruflichen Weiterbildung, für die Freistellung und Finanzierung geregelt sein muss, bis zu Bildungs- und Kulturangeboten.

### **Gleichstellung**

Wir Jusos verstehen uns als ein sozialistischer, feministischer und internationalistischer Jugendverband. Eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen an allen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens ist unser oberstes Ziel. Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist dabei wichtigste Voraussetzung. Denn ein gleichberechtigtes Miteinander ist Grundlage für ein freie, demokratische und partizipative Gesellschaft. Eine gerechtere und sozialere Welt kann es nur geben wenn Männer und Frauen die gleichen Rechte und Pflichten haben.

In staatlichen Erziehungsinstitutionen wie Kindergarten und Grundschulen soll durch einen höheren Anteil von männlichen Erziehern sowie entsprechende Bildungsziele ein Beitrag geleistet werden, geschlechtstypische Rollenerwartungen zu hinterfragen und abzuändern.

Mit dem Ziel, Frauen stärker für die männerdominierte Berufe zu interessieren, setzen wir uns für den Ausbau von Initiativen wie den jährlichen „girls day“ ein, bei dem Mädchen männlich dominierte Ausbildungsberufe vorgestellt werden.

Wir Jusos Sachsen fordern die Abschaffung des Ehegattensplitting.

Wir wollen mehr positive Anreize und Möglichkeiten für Männer schaffen, für die Erziehung ihrer Kinder Erziehungszeit zu nehmen, um Erziehungsarbeit besser aufzuteilen.

Wir fordern eine konsequente Umsetzung von Gleichstellungsplänen, eine Frauenquote für die Privatwirtschaft und Verbandsklagerecht für Frauenverbände.

### **Arbeitsmarktpolitik**

Wir Jusos wollen Gute Arbeit für alle. Gute Arbeitsbedingungen, hohe Einkommen abhängig Beschäftigter und eine Demokratisierung der Wirtschaft sind zentrale Säulen unseres Gesellschaftsentwurfes. Wir fordern einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 7,50 €, einen Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung und den Ausbau von Maßnahmen zum Schutz von Arbeitnehmer/-innen.

## Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 04. Juli 2009 in Zwickau

Wir Jusos Sachsen kämpfen für eine Änderung des Teilzeit- und Befristungsgesetz dahingehend, dass Befristungen ohne Sachgrund zukünftig verboten sind.

Im Bereich der Leiharbeit wollen wir eine sofortige Durchsetzung des Prinzips „gleiche Bezahlung und gleiche Arbeitsbedingungen“ (equal pay – equal treatment), die Wiedereinführung des Synchronisations- und Wiedereinstellungsverbots und eine gesetzliche Höchsteinsatzfrist für Leiharbeitskräfte.

Wir stehen für ein Durchbrechen der starren Einteilung in Vollzeit- und Teilzeitarbeitsverhältnisse in der Arbeitszeitpolitik. Es muss sich ein Arbeitszeitregime durchsetzen, dass es ermöglicht, den zeitlichen Umfang der zu leistenden Arbeit an den individuellen Bedürfnissen der ArbeitnehmerInnen auszurichten, ohne dass diese über Benachteiligung im sozialversicherungspflichtigen Bereich Defizite in ihrer sozialen Absicherung hinnehmen müssen.

Wir stehen für eine Entwicklung eines Konzeptes zur Förderung von Beschäftigungsperspektiven im Rahmen des öffentlichen Beschäftigungssektors

### **ArbeitnehmerInnenrechte**

- Regelungsgehalt des Tariftreuegesetzes ist, dass öffentliche Aufträge im Land Sachsen nur noch an Unternehmen vergeben werden, die:
- die in Tarifverträgen vereinbarten Arbeitsentgelte und Leistungen am Ort der Leistungserbringung zahlen und erbringen.
- die sich nach einem noch zu erarbeitenden Katalog aus ökologischen Kriterien, wie zum Beispiel u.a. der Durchsetzung umwelt- und klimaschonender Standards bei Bauvorhaben, richten.
- betriebliche Ausbildungsstellen anbieten und sich der Förderung der Chancengleichheit verpflichten.

Dazu soll ein Tariftreuegesetz gegen Dumpinglöhne mindestens folgende Regelungen enthalten:

- Alle Unternehmen, die sich in Sachsen um die Ausführung öffentlicher Aufträge bewerben, werden zur Abgabe einer Tariftreueerklärung verpflichtet. Inhalt der Erklärung ist die Verpflichtung des Unternehmens, für die eigenen Arbeitnehmer/innen die jeweils in Sachsen geltenden repräsentativen Tarifverträge anzuwenden.
- Die Tariftreueerklärung muss vom Betriebsrat schriftlich bestätigt werden. Zur Vermeidung von Umgehungsstrategien müssen auch eventuelle Subunternehmer die Tariftreueerklärung abgeben.
- Die berufliche Erstausbildung ist als besonderes Vergabekriterium zu berücksichtigen. Bei gleichwertigen Angeboten erhalten die Unternehmen den Zuschlag, die sich an tariflichen Umlageverfahren zur Sicherung der beruflichen Erstausbildung oder an Ausbildungsverbänden beteiligen.
- Das Tariftreuegesetz gegen Armutslöhne gilt für öffentliche Aufträge des Landes Sachsen und von Gemeinden, Gemeindeverbänden, Anstalten / Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie für Vereinigungen, deren Anteile sich unmittelbar oder mittelbar überwiegend in der Hand des Landes Sachsen oder öffentlicher kommunaler Träger befinden.
- Unternehmen, welche den Verpflichtungen nach dem Tariftreuegesetz nicht nachkommen werden für die Dauer von 3 Jahren von öffentlichen Aufträgen

## **Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 04. Juli 2009 in Zwickau**

ausgeschlossen. Ein schuldhafter Verstoß gegen die Bestimmungen wird mit einer Geldstrafe in Höhe von 5% des Auftragswertes belegt.

### **Kampf gegen Kinderarmut**

Wir fordern:

- verpflichtende Vorsorgeuntersuchungen in Schulen und Kindertagesstätten.
- die Einführung des Schulfachs Lebenskunde, um die Kinder früh für Gesundheit und eine gesunde Lebensführung zu sensibilisieren.

Nur ein barrierefreies Bildungssystem schafft Chancengleichheit für Kinder, deshalb fordern wir:

- die flächendeckende, kostenfreie Versorgung mit Kinderbetreuungseinrichtungen ohne Zugangsbeschränkungen, um die frühkindliche Entwicklung aller Kinder zu fördern.
- die ganztägige Gemeinschaftsschule als Regelschulform, um eine Fortsetzung der umfassenden Betreuung und individuellen Förderung der Kinder im Schulalter zu ermöglichen.

Gerade die Ganztagschule bietet den Raum für eine umfassende Zusammenarbeit der Schule mit Familie und Zivilgesellschaft. Diese Trias bildet die Grundlage für eine umfassende Ausbildung von sozialer Kompetenz, die Voraussetzung für das staatsbürgerliche und zivilgesellschaftliche Engagement von Kindern und Jugendlichen ist.

Daher fordern wir:

- die Vereine in die Tätigkeit der Bildungseinrichtungen zu integrieren.
- den Kindern unabhängig vom Einkommen der Eltern die Teilhabe am kulturellen und Vereinsleben zu ermöglichen.

### **Kulturpolitik**

Die Jusos Sachsen fordern, dass der Eintritt in sächsischen Museen kostenfrei wird. Dazu sollen in einem ersten Schritt:

- von allen sächsischen Museumseinrichtungen ermäßigte Jahreskarten für die Ermäßigungsberechtigten (Rentner/innen, Schwerbeschädigte, Schüler/innen, Student/innen und Inhaber/innen des Dresdenpasses, Leipzig/ Chemnitz etc.) und Geringverdienenden, Arbeitslosen und Familien mit drei Kindern angeboten,
- den Bezieher/innen von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II gegen Vorlage eines entsprechenden Nachweises regelmäßig der kostenfreie Eintritt in sämtliche Dauer- und Sonderausstellungen der musealen Einrichtungen gewährt,
- in allen sächsischen Museen mindestens einmal wöchentlich wenigstens 2 Stunden Öffnungszeiten, die für alle Besucher/innen eintrittsfrei sind, eingeführt werden.

### **Innovationspolitik**

Wir Jusos Sachsen sehen folgende Maßnahmen für eine nachhaltige sächsische Wirtschaftsförderung- und Innovationspolitik als unabdingbar an:

## **Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 04. Juli 2009 in Zwickau**

**Wissensgesellschaft:** Die Partizipation an zukünftigem Wohlstand basiert zunehmend auf der persönlichen Qualifikation der Arbeitnehmer\_innen und Arbeitgeber\_innen. Neben einem emanzipatorischen Bildungsverständnis besteht in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit, die Bildungssysteme nachhaltig zu stärken und den freien Zugang zu gewährleisten, um im Ergebnis die gesamtgesellschaftliche Teilhabe an den wirtschaftlichen Potentialen von Morgen zu gewährleisten.

**Stärkung der dezentralen öffentlichen Forschungslandschaft:** Somit ist es für eine leistungsfähige Volkswirtschaft grundlegend, die staatlichen Finanzzuweisungen an die öffentlichen Hochschulen und Forschungsinstitute massiv auszuweiten. Dennoch dürfen die hohen Kosten der Grundlagenforschung unter haushaltspolitischen Gesichtspunkten nicht zu einer Zentralisierung der Forschungsanstrengungen führen.

**Staatliche Entwicklungshilfe für innovative Produkte:** Deshalb ist es unbedingt notwendig, dass die sächsische Wirtschaftsförderungspolitik sich nicht darauf beschränkt, innovatives Verhalten in den Unternehmen anzumahnen. Die rational handelnden Unternehmen werden eher selten den abstrakt-langfristigen Nutzen der Innovation in ihren Handlungsentscheidungen berücksichtigen. Vielmehr gilt es durch Finanzhilfen, Steuerbefreiungen oder staatlichen Eigenkonsum technologisch-industrielle Innovationen bis zur Marktreife unterstützend zu begleiten.

**Umverteilung staatlicher Finanzhilfen zugunsten innovativer Industrien:** Im Kontext der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts müssen somit alle staatlichen Finanzhilfen einer eingehenden Überprüfung unterzogen werden. Subventionen in Wirtschaftszweigen, die keinen Beitrag zu zukünftigen gesamtgesellschaftlichen Wohlstand und wirtschaftlicher Prosperität leisten können, sind ungeachtet des Widerstands einzelner Interessengruppen, mittelfristig und sozialverträglich abzubauen. Frei werdende Finanztitel sind ausnahmslos den innovations- und technologiepolitischen Maßnahmen zur Verfügung zu stellen.

### **Für unsere Grundwerte: Freiheit und Demokratie**

Wir Jusos stellen uns die Aufgabe, permanent und auf friedlichem Wege gesellschaftliche Diskussionsprozesse anzustoßen und somit nichts im Zusammenleben der Menschen als gegeben zu akzeptieren, außer dem würdevollen, gleichberechtigten und aufgeklärten Umgang miteinander. Mit diesem Blick erkennen wir die eigentlichen Herausforderungen in der heutigen Gesellschaft. Stärker noch als neoliberales Denken in der Weltwirtschaft und die Verschärfung sozialer Ungleichheit überall auf der Erde sehen wir die Gefahr der Entliberalisierung unseres menschlichen Miteinanders. Die notwendige Offenheit zur freien Entfaltung. Diese Offenheit wird unserer Meinung nach nicht nur durch intolerante Ideologien, sondern auch durch eine Verbreitung unaufgeklärter, konformistischer Tendenzen in Staat und Gesellschaft gefährdet.

### **Freiheitsrecht und Datenschutz wahren**

Wir fordern keine weitere Aushöhlung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und sind gegen stärkere Eingriffe des Staates in die Bürgerrechte.

## Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 04. Juli 2009 in Zwickau

Dazu gehören:

- kein Zugriff von Sicherheitsbehörden auf die Computer der Bürger(innen) über das Internet (Onlinedurchsuchung).
- keine biometrische Gesichtsfeldererkennung, weder am Mainzer Hauptbahnhof noch irgendwo anders.
- keine Ausweitung von Videoüberwachung.
- keine Verwendung von Mautdaten außerhalb der Mauterfassung, insbesondere nicht für die Verbrechensbekämpfung.
- keine Vorratsdatenspeicherung.
- keine Aufweichung der Trennung von Geheimdiensten und Polizei insbesondere bei der Verwertung von gespeicherten persönlichen Daten.
- kein Abweichen von der Unschuldsvermutung bei der Verbrechensbekämpfung.
- kein Abweichen vom Folterverbot.
- kein Zugriff von Verfassungsschutz und Geheimdiensten auf europaweite Datenbanken.
- keine Erfassung biometrischer Daten (Fingerabdrücke) für und in Ausweisdokumenten, insbesondere dem Personalausweis.
- kein Einsatz der Bundeswehr im Inneren, weder zur Terrorabwehr noch zur Entlastung der Polizei; das Prinzip der Katastrophenhilfe stellen wir dabei nicht in Frage.

Darüber hinaus müssen die in den letzten Jahren verabschiedeten Gesetzesänderungen kritisch auf ihren Sinn überprüft werden. Überflüssige Gesetze, die Grundrechte einschränken, aber keinen Nutzen für die Verbrechensbekämpfung haben, gehören schnellstmöglich abgeschafft.

Die Datenschutzgesetze sind dahingehend zu novellieren, dass die individuelle, verdachtsunabhängige elektronische Erhebung, Speicherung und Auswertung personenbezogener Daten durch Hoheitsträger und Private gesetzlich untersagt wird.

Die zentrale elektronische Speicherung, Auswertung und Weitergabe personenbezogener Daten durch Hoheitsträger oder Private bedarf einer qualifizierten Zustimmung seitens der betroffenen Personen. Die elektronische Speicherung, Auswertung und Weitergabe personenbezogener Daten gegen deren Willen ist unter einen Richtervorbehalt zu stellen.

### **Nazis erkennen und bekämpfen**

Wir setzen uns kritisch mit dem Extremismus-Begriff auseinander, da er u.a. gefährliche Tendenzen für das demokratische Miteinander nur an den "Rändern" der Mehrheitsgesellschaft verortet. Wir wissen aber, dass demokratiefeindliche Ansichten und vor allem rechtsextremistische Einstellungen (Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Chauvinismus, Sozialdarwinismus u.v.m.) in der gesamten Gesellschaft verbreitet sind. Rechtsextremismus ist damit nicht nur ein Phänomen des rechten Randes, sondern der Gesellschaft als solches. Damit stellen wir uns gegen eine Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus, die die aktuelle

## **Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 04. Juli 2009 in Zwickau**

Bedrohung durch den erstarkenden Rechtsextremismus relativiert.

Wir unterstützen das umfassende zivilgesellschaftliche Engagement gegen Rechts-  
extremismus und für eine pluralistische Demokratie. Wir wollen für eine umfassen-  
de Finanzierung dieser Initiativen sicherstellen und verwehren uns gegen die pau-  
schale Kriminalisierung von Antifaschist(inn)en in unserem Land.

Wir arbeiten darauf hin, dass die Sächsische Polizei noch stärker für das Thema  
Rechtsextremismus zu sensibilisieren, damit sie adäquat und umfassend auf Bedro-  
hungssituationen reagieren kann.

Wir fordern die schnellstmögliche Aufnahme eines Verbotsverfahrens gegen die  
NPD. Diese muss mitsamt ihren Gliederungen, Neben- und Nachfolgeorganisationen  
verboten und konsequent aufgelöst werden!

### **Jugendstrafrecht anpassen**

Resozialisierung muss erstes Ziel eines Jugendstrafvollzuges vor Vergeltung oder  
Sicherung sein. Der Staat hat gegenüber Jugendlichen einen Erziehungsauftrag, dem  
er auch und gerade im Strafvollzug nachkommen muss, dabei ist die Entwicklung  
und Individualität jedes/r einzelne/n Gefangenen so zu berücksichtigen und zu  
fördern, dass er/sie befähigt wird, ein selbstverantwortliches Leben zu führen.

Die einzelnen Maßnahmen müssen auf den Grundlagen der Erziehungswissenschaft  
basieren und in einem Erziehungsplan für jede/n Gefangene/n festgehalten werden.  
Dies gilt auch für Gefangene mit ausländischer Staatsbürgerschaft.

### **Integration und Gleichstellung erreichen**

Im öffentlichen Dienst wird eine Quote für Migrant/innen nach folgenden Vorgaben  
eingeführt: die Höhe der Quote wird in Abhängigkeit des Migrant/innenanteils in  
der Kommune, dem Land oder beim Bund festgelegt. Bewerber/innen mit  
Migrationshintergrund werden bei gleicher Eignung, Befähigung und Leistung  
bevorzugt berücksichtigt bei Ausbildung, Einstellung, Anstellung und beruflichem  
Aufstieg.

Wir setzen uns weiterhin dafür ein, bei der staatlichen (insbesondere  
kommunalen) Förderung von Sport- und anderen Freizeitvereinen deren  
Integrationsanstrengungen zu berücksichtigen. Die Förderinstrumente und deren  
Anwendung sind so zu gestalten, dass die genannten Vereine mit positiven Anreizen  
zu verstärkten Integrationsanstrengungen ermuntert werden.

Wir fordern die Aufhebung der Eingruppierung von Homosexuellen als potenzielle  
RisikoträgerInnen nach dem Transfusionsgesetz einzusetzen, um ihnen somit die  
Möglichkeit zu geben, Blut spenden zu dürfen.

Die sächsischen Kommunen werden aufgefordert, unter Ausschöpfung der  
gesetzlichen Rahmenbestimmungen eine dezentrale Unterbringung von  
Asylbewerberinnen und Asylbewerbern sowie der geduldeten Migrantinnen und  
Migranten soweit wie möglich umzusetzen.



## **Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 04. Juli 2009 in Zwickau**

Die Jusos Sachsen setzen sich für das aktive und passive Kommunalwahlrecht für alle Menschen mit Erstwohnsitz in Sachsen, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft, ein. Das Kommunalwahlgesetz soll dementsprechend geändert werden.

### **Demokratische Partizipation stärken**

Die Jusos Sachsen setzen sich für die Einführung des aktiven kommunalen Wahlrechts für Jugendliche ab 14 Jahren im Freistaat Sachsen ein.

Wir drängen auf die Fortentwicklung des Europäischen Direktwahlakts hin zu einem einheitlichen europäischen Wahlrecht einzusetzen. Über die bisher geltenden Wahlgrundsätze hinaus soll das europäische Wahlrecht für mindestens die Hälfte der Mandate - die Wahl in einem supranationalen europäischen Wahlkreis - auf der Basis jeweils einer supranationalen europäischen Liste je Partei und Wählervereinigung verbindlich machen.

Wir sprechen uns gegen die Einführung von Wahlcomputern und für die Beibehaltung des bestehenden, transparenten und damit demokratischen Wählens per Hand aus.

### **Frieden schaffen ohne Waffen**

Wir Jusos stellen uns einer Militarisierung der Gesellschaft entgegen. Wir fordern die unverzügliche Abschaffung der Wehrpflicht und das Verbot der Aufnahme von Minderjährigen in die Armee. Wir wollen Abrüstung jetzt! Langfristig wollen wir in einer Welt ohne Armeen leben.

### **Nachhaltig Denken und Handeln!**

Den Jusos Sachsen ist es ein besonderes Anliegen, vor allem im Bereich Umwelt und Klimaschutz eine besondere Rolle einzunehmen. Vor allem wir als junge Generation müssen uns und anderen bewusst machen, welche Tragweite derzeitiges Handeln für die Zukunft unserer Erde hat.

Diese Gebiete umfassen den sorgsamen Umgang mit unseren Ressourcen, eine gerechte und umweltverträgliche Verkehrspolitik, nachhaltige Raumplanungspolitik, eine sichere, und vor allem verträgliche weltweite Versorgung der Bevölkerung mit Energie, sowie eine nachhaltige und langfristige Planung einer effizienten Umweltpolitik.

Die Jusos Sachsen sehen die Umweltpolitik als ein Querschnittsfeld von vielen Bereichen. Der Bereich der Wirtschaftspolitik sollte langfristig als sein Ziel erkennen, nicht nur Arbeit und Wirtschaft auszubauen, sondern sie auch nachhaltig und ökologisch zu gestalten. Ökologie und Ökonomie müssen langfristig in einem Einklang stehen. Auch eine wirklich nachhaltige und multifunktionale Landwirtschaft darf dabei nicht vernachlässigt werden. Besonderer Bedeutung kommt der Sozialpolitik zu. In naher Zukunft wird für einkommensschwache Haushalte die Nutzung von Energie zu einer enormen Belastung. Die Sozialpolitik ist dabei in der Pflicht, geeignete Instrumente zu finden, die sowohl diesen Bevölkerungsschichten es zu erlauben weiterhin am normalen Leben teilnehmen zu können und die kritische ökologische Situation nicht weiter zu belasten.

### **Verkehrspolitik**

In unserer globalisierten Welt ist eine intakte Verkehrsstruktur unabdingbar. Doch in jüngster Zeit führt dies zu einer Verschmutzung unserer ökologischen Systemkreisläufen und vor allem zu einer starken Abnahme unserer natürlichen Ressourcen.

Es ist daher von großer Wichtigkeit, dass der Individualverkehr und Transportgutverkehr neu gestaltet wird. Dies kann nicht nur mit Maßnahmen aus dem sozialen Bereich, wie vergünstigte Tickets für den öffentlichen Nahverkehr und Fernverkehr erreicht werden, sondern auch mit dem Raumplanungskonzept „Stadt der kurzen Wege“. Natürlich ist aber auch eine verstärkte Forschung in der Telematik und anderen Werkstoffen von großer Bedeutung.

### **Energiepolitik**

Wir wissen, dass fossile Energieträger nicht die Zukunft sein können. Sie tragen im erhöhten Maße zu einem menschenverursachten Klimawandel bei. Vor allem Entwicklungsländer, die eh schon stark in einer globalisierten Welt zu kämpfen haben, werden durch diesen Klimawandel zusätzlich benachteiligt. Auch die Nutzung von Kernspaltprodukten ist aus unserer Sicht abzulehnen, da sie nicht die benötigte Sicherheit mit sich bringt und deren Nutzung unkontrollierbar ist.

Es bedarf einer umfassenden energiepolitischen Wende. Besonders wichtig ist die internationale Zusammenarbeit der Energieversorgung, damit keine unangenehmen Abhängigkeiten entstehen. Aus Sicht des ökologischen Nutzens ist vor allem die verstärkte Forschung auf diesem Gebiet für wirklich Alternativen sehr hoch. Solartechnik und Biogasanlagen sind erste Schritte, jedoch bedarf es dieser Techniken noch an enormer Forschung, um sie wirklich für alle erwerbbar einsetzen zu können.